

Tayfun Kelttek, Vorsitzender der LAGA NRW

Redebeitrag „Echte Chancen durch den Integrationsrat“

27.05.2004 in Bonn

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT !

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in vielen Städten Nordrhein-Westfalens, so auch in Bonn, wird im Herbst erstmalig ein „Integrationsrat“ gewählt, der den bisherigen Ausländerbeirat ersetzen wird. Höchst wahrscheinlich werden mehr als 50 Städte unseres Landes der Empfehlung der LAGA folgen und die Gründung eines Integrationsrates beantragen. Es freut mich sehr, dass wir in einer relativ kurzen Zeit eine Reform der Ausländerbeiräte durchgesetzt haben, die bundesweit einmalig ist und ich hoffe, dass dieses Beispiel auch in anderen Bundesländern Schule machen wird.

Die LAGA NRW und die Ausländerbeiräte vor Ort haben zwar eine flächendeckende Einführung von Integrationsräten aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift für unbedingt notwendig gehalten und versucht, Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen. Dass es dazu nicht gekommen ist, ist enttäuschend. Denn leider ist es nicht in allen Fällen gelungen, eine fortschrittliche Lösung zu finden, weil der Rat sich den Forderungen des Ausländerbeirates nach Einrichtung eines Integrationsrates nicht anschließen konnte oder wollte. Die Stadt Hürth auf der anderen Rheinseite ist dafür leider ein unschönes Beispiel.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle betonen, dass der Landtag durch seinen Beschluss vom 16. Oktober 2003 und die Landesregierung mit den „Handlungsempfehlungen für die Arbeit und Organisation der Ausländerbeiräte“ eine besonders wichtige Weiche für die Integrationspolitik in unserem Land gelegt haben. Damit tragen sie zur Anerkennung der Migrantinnen und Migranten als gleichberechtigte Teilnehmer am Integrationsprozess bei und setzen die Aussagen in der „Integrationsoffensive“ zu einem großen Teil um.

Integration auf gleicher Augenhöhe wird damit Realität.

Trotz des Lobes möchte ich Ihnen, meine lieben Freunde und Mitstreiter, mitteilen, dass die LAGA am Ball bleiben und sich auch in der kommenden Legislaturperiode für eine flächendeckende Einführung der Integrationsräte in der GO einsetzen wird. Bis wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir mit den gegebenen Möglichkeiten konstruktiv umgehen und die Erfahrungen sammeln und in die Diskussion einbringen. Hierbei wird das Landeszentrum für Zuwanderung ein wichtiger Partner sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle eine Bemerkung zum kommunalen Wahlrecht einflechten:

Ungeachtet der guten Erfolgsaussichten für den Integrationsrat hält die LAGA NRW an ihrer Hauptforderung fest: **Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer hier lebenden Migrantinnen und Migranten!** Bis es dazu kommt, bleiben kommunale Migratenvertretungen unverzichtbar, und auch danach werden sie keineswegs zwangsläufig überflüssig. Es zeugt von fehlendem Fachverstand, wenn man die Integrationsräte gegen das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten stellt. Die LAGA setzt sich ohne Wenn und Aber für dieses Recht ein. Aber selbst dann, wenn es das kommunale Wahlrecht gibt, ist ein Gremium wie der Integrationsrat weiterhin wichtig.

Deshalb zurück zum Integrationsrat:

Der Integrationsrat übernimmt dann quasi die Rolle eines Ratsausschusses für den Themenbereich Integration und Migration innerhalb der Kommune. Dieser Fachausschuss hat sich mit allen Fragen auseinander zu setzen, die die Integration der Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft betreffen. Er kann sich, wenn erwünscht, auch mit allen anderen Inhalten der Kommunalpolitik befassen.

Von einer echten Reform kann man sprechen, weil hier zwei Aspekte durchgreifen:

1. Die politische Bedeutung des Integrationsrates ist dadurch wesentlich erhöht, dass er Entscheidungen treffen kann, die denen eines Ratsausschusses gleichzusetzen sind.
2. Die Mehrheitsgesellschaft und die Minderheit der Migranten sind endlich zusammen, stimmberechtigt in einem politischen Gremium. Das verpflichtet beide Seiten zu einer gemeinsamen Integrationspolitik.

Zu erwarten ist, dass hierdurch die Entscheidungsprozesse in integrationsrelevanten Bereichen beschleunigt werden können. Ein Beispiel verdeutlicht diese Verbesserung:

Seit zwanzig Jahren wird im Kölner Ausländerbeirat die Frage der zweisprachigen, koordinierten Alphabetisierung für Migrantenkinder thematisiert. Erst jetzt erreicht es auch die verantwortlichen Politiker. Mindestens zwei Schüलगenerationen hätten bessere Chancen in Schule und Beruf gehabt, wenn schon früher auf unsere Vorschläge eingegangen worden wäre.

In Zukunft wird das schneller gehen, denn es sind Ratsmitglieder direkt dabei, wenn es um diese Themen geht. Sie werden über die Anliegen der Migrantinnen und Migranten mit abstimmen und sind dann auch direkt mit dafür verantwortlich, ob ein Thema vorankommt oder nicht.

Darüber hinaus sind einige wichtige Punkte im Zusammenhang mit der Einrichtung der Integrationsräte herauszustellen:

Ganz oben steht die Tatsache, dass die Migrantinnen und Migranten zu politischen Subjekten werden. Denn es wird aufgrund der Zusammensetzung nicht mehr über ihre Köpfe hinweg entschieden. Die Verzahnung von Rat und Migrantenvvertretung wird endlich Realität. Denn i.d.R. werden zwei Drittel direkt gewählte Migrantenvvertreter sowie ein Drittel entsandter Ratsmitglieder dem Integrationsrat angehören.

Außerdem ist es möglich für gewählte Migrantenvvertreter persönliche Stellvertreter zu bestimmen. Das ist sehr wichtig. In der Vergangenheit wurde häufig kritisiert, dass die Teilnahme an den Sitzungen der Ausländerbeiräte zu gering sei. Dem kann man jetzt vorbeugen.

Ergänzend dazu wird der Integrationsrat in die Beratungsfolge des Rates kommen. So gibt es Gelegenheit Politik mit zu gestalten, statt Entscheidungen nur zu kommentieren.

Welche Aufgaben hat nun der Integrationsrat?

Rat und Integrationsrat werden einen Handlungsrahmen aushandeln müssen, der dem Integrationsrat eigene Entscheidungskompetenzen etwa bei der Verteilung der Mittel für Integrationsarbeit geben wird.

Weitere wichtige Themen sind:

- Gleichberechtigtes Zusammenleben von Nichtdeutschen und Deutschen;
- Akzeptanz und kulturelle Vielfalt;
- Maßnahmen gegen Diskriminierung und Gewalt;
- Verbesserung der Situation von Jugendlichen und Erwachsenen in Ausbildung und am Arbeitsplatz;
- Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für alle Betroffenen;
- Verbesserung der Lebensbedingungen von nichtdeutschen Senioren;
- Angemessene Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen;
- Förderung von Migrantenvereinen.

Jedoch darf die verbesserte Struktur nicht darüber hinweg täuschen, dass nur die Kandidaturen möglichst vieler Migrantinnen und Migranten aus aller Altersgruppen, von Männern und Frauen aus vielen Herkunftsländern die Interesse an die Gestaltung der politischen Prozesse in der eigenen Stadt haben, den Erfolg des Integrationsrates garantieren können.

Auch eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das Gremium und die Menschen, die darin arbeiten sollen.

Deshalb ist es auch wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass nun in den meisten Kommunen eingebürgerte Migrantinnen und Migranten aktives Wahlrecht haben, sofern sie sich rechtzeitig in das Wählerverzeichnis eintragen lassen, das gilt auch hier in Bonn.

Außerdem wird vielerorts, anders als bei vorherigen Wahlen, Briefwahl möglich.

Meine Damen und Herren,

Die Stadträte müssen das Thema Integration als wirkliches Zukunftsthema wahrnehmen und damit der demographischen Entwicklung Rechnung tragen, Kommunalpolitiker müssen zum Beispiel erkennen, dass eine gute Integrationspolitik zu einem wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaft wird. Denn Fachkräfte mit besonderen interkulturellen Kompetenzen werden zunehmend gebraucht. Hier haben gerade Jugendliche Migranten gute Perspektiven. Sie müssen aber gefördert werden.

Übrigens, Strategien diese Fähigkeiten zu nutzen, sind in zahlreichen Unternehmen schon gang und gäbe. Dazu gehört aber auch der Wille, Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt in die Verwaltungen zu holen.

Viele Veranstaltungen in den letzten Wochen und Monaten in NRW haben gezeigt, dass ganz viele Menschen Sensibilität für unser Thema entwickelt haben, das gilt zu nutzen.

Sie als potenzielle Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber kann ich deshalb nur ermuntern, zu kandidieren. Sprechen Sie mit Gleichgesinnten über die Kandidatur, überlegen Sie sich Themen, die für Sie in Ihrer Stadt wichtig sind, einige Beispiele habe ich genannt.

Kommunalpolitik ist eine nach meinem Empfinden eine ungeheuer spannende Angelegenheit, ihre Erfolge und Misserfolge kann man unmittelbar erleben. Und hierbei die Interessen der Migrantinnen und Migranten einzubringen halte ich für eine sehr wichtige Aufgabe.

Meine Damen und Herren,

oft werde ich gefragt: „Warum brauchen wir Migrantenvvertretungen, es gibt doch die Migrantenselbstorganisationen, die Vereine?“

Darauf kann ich nur antworten: Beide sind keine Konkurrenten, es gibt kein entweder oder. Im Gegenteil, die Migrantenselbstorganisationen sind die natürlichen Partner, sie sollten die Basis der Migrantenvvertretungen sein, sie haben den unmittelbaren Kontakt im Stadtteil. Aber, und diese Erkenntnis setzt sich nach meiner Beobachtung immer mehr durch, die Migrantenselbstorganisationen müssen verstehen, dass sie für die Artikulation und vor allem Durchsetzung ihrer Anliegen eine politische Plattform brauchen. Und das sind die Integrationsräte, insbesondere jetzt mit den erweiterten Mitwirkungs- und Entscheidungsrechten.

Ein Beispiel war die Unterschriftenaktion der LAGA gegen die Stellenkürzungen beim Muttersprachlichen Unterricht. Nur mit Unterstützung der Elternvereine konnten wir 80.000 Unterschriften sammeln, und nur mit unserer politischen Lobbyarbeit konnten diese Unterschriften dazu genutzt werden, weitere Kürzungen oder die völlige

Streichung, wie in Hessen, zu verhindern. Hier haben Migrantenselbstorganisationen und Ausländerbeiräte Hand in Hand gearbeitet.

Auch diese Zusammenarbeit bietet eine Chance für die Arbeit der Integrationsräte.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu den „traditionellen Ausländerbeiräten“ machen: In einigen Städten bleibt es, aus welchen Gründen auch immer, beim Ausländerbeirat. Aber auch diese können wirkungsvoll arbeiten, auch sie können und sollen sich mit den genannten Themen befassen, auch sie sollten Zielvereinbarungen mit Rat und Verwaltung treffen, damit konzentriert und zielgerichtet am Thema Integration gearbeitet werden kann.

Meine Damen und Herren,

als Vorsitzender der LAGA NRW wünsche ich mir viele Kandidaturen in den einzelnen Städten, die eine lebhafte Diskussion, einen spannenden, inhaltlichen Wahlkampf und eine gute Wahlbeteiligung zur Folge haben. Die Unterstützung der LAGA im Rahmen unserer Möglichkeiten sage ich Ihnen zu.

Ich glaube, dass es sich lohnt, auf gleicher Augenhöhe mit den Vertretern der Mehrheitsgesellschaft für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben zu arbeiten.